

HVD Bundesverband - Beschluss zur Gleichbehandlung der Konfessionsfreien

- Pluralität praktizieren!
- Konfessionsfreie respektieren!
- Humanisten einbeziehen!

Appell an die Repräsentanten des Staates und die öffentlich-rechtlichen Medien in unserem Land

Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) fordert die Repräsentanten des Staates und die öffentlich-rechtlichen Medien in unserem Land auf, künftig die Säkularität des Grundgesetzes und die Pluralität der Berichterstattung zu wahren. Das schließt die religiös-weltanschauliche Ausgewogenheit ein, beachtet den Anteil von über 30 % Prozent Konfessionsfreien in der Bevölkerung besser als bisher und bezieht die fast 5 Millionen ein, die sich voll und ganz für ein Leben in Selbstbestimmung, Toleranz und Religionslosigkeit erklären.

Bei den Unglücksfällen und Katastrophen ist den Kirchen in der letzten Zeit eine offiziöse Deutungsmacht zugefallen, die sie sonst im täglichen Leben verloren haben. "Ökumenische Gottesdienste", mediengerecht veranstaltet in enger Absprache mit den Spitzen von Kommunen, Bundesländern, Bundestag, Bundesregierung und selbst der Institution des Bundespräsidenten, gemeinsame Besuche im Berliner Dom, die Dauerberichterstattung angesichts des Todes von Johannes Paul II. und der Wahl eines "deutschen Papstes" wecken un gute Erinnerungen an staatskirchliche Verhältnisse bis 1918/19. Alle Andersgläubigen oder Religionslosen werden entweder ausgeschlossen oder "ökumenisch" vereinnahmt. Dies verwehrt das Grundgesetz in Anlehnung an die Weimarer Reichsverfassung ausdrücklich.

Im Einzelnen fordern wir:

- Mitsprache des HVD in den Medienräten
- Gespräche der staatlichen Repräsentanten mit Organisationen der Konfessionsfreien
- Einbezug säkularer Personen in die öffentliche Erinnerungs-, Gedenk- und Trauerkultur

Der HVD ist bereit, in Deutschland an einem neuen Kapitel der Erinnerungs-, Gedenk- und Trauerkultur mitzuarbeiten, damit künftig religiös-weltanschauliche Pluralität geachtet und auch die Meinung und Trauer nichtreligiöser Menschen respektiert wird. Er ist bereit, aktiv mitzuarbeiten. Er wird geeignete Vertreter und Vertreterinnen zur Verfügung stellen.

Bundeshauptausschuss, 28.05.2005